

SEESTADT BREMERHAVEN



Inklusionsbeirat Bremerhaven 10. Sitzung am 14.11.2017

Protokoll

**Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für Menschen mit Behinderung
E-Mail: amtfuermenschenmitbehinderung@magistrat.bremerhaven.de**



**BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!**

Sitzung	des Inklusionsbeirates Bremerhaven
Datum Zeit	Dienstag, 14.11.2017, von 16.30 bis 18.20 Uhr
Ort	t.i.m.e Port II – Barkhausenstraße 2 27568 Bremerhaven
Raum	Sitzungssaal im Erdgeschoss

<h2>Protokoll</h2>

Top	Thema	Bemerkung
1	<p>Begrüßung und Eröffnung der Sitzung</p> <p>Frau Schwarz-Grote begrüßt alle Anwesenden (siehe Anwesenheitsliste) und eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt insbesondere Herrn Ronny Möckel (Leiter Gesundheitsamt) und Herrn Hans-Josef Göers (Geschäftsführer Betreuungsverein) sowie Herrn Kai Baumann (Vertreter des Landesbehindertenbeauftragten).</p>	Heima Schwarz-Grote
2	<p>Vorstellung der Tagesordnung und Genehmigung</p> <p>Gegen die Tagesordnung gibt es keine Einwände.</p>	Heima Schwarz-Grote
3	<p>Vorstellung und Genehmigung des Protokolls vom 22.08.2017</p> <p>Es sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Das Protokoll wird von allen Mitgliedern genehmigt. Es gibt keine Enthaltungen.</p>	Heima Schwarz-Grote
	<p>Teilhabeplan 5 des Teilhabeplans Bremerhaven</p> <p>Frau Schwarz-Grote erklärt, dass dem</p>	

4	<p>Teilhabe punkt 5 „Gesundheit und Pflege“ der Art. 25 der UN-Behindertenrechtskonvention zugrunde liegt. Sie erläutert die zukünftigen Ziele und Maßnahmen unter Punkt 2.5.2 im Teilhabeplan.</p> <p>Sie stellt kurz Herrn Möckel, Leiter des Gesundheitsamtes Bremerhaven, und Herrn Göers, Geschäftsführer des Betreuungsvereins Bremerhaven, vor.</p> <p>Frau Schwarz-Grote betont die Informationen zu verschiedenen Maßnahmen, die auf der Homepage des Magistrats der Stadt Bremerhaven/Gesundheitsamt, aufgelistet sind.</p>	
5	<p>Austausch zum Stand der Umsetzung des Teilhabeplans im Bereich „Gesundheit und Pflege“</p> <p>Frau Schwarz-Grote übergibt zunächst das Wort an Herrn Möckel. Dieser betont zu Beginn den Punkt 2, Gesundheitsberichterstattung. Hier ist die Art und Weise der Berichterstattung noch nicht geklärt. Ein Gespräch hierzu mit vorgesetzter Behörde steht noch aus.</p> <p>Zum Punkt 4, Netzwerk, sieht Hr. Möckel das Gesundheitsamt nicht als federführend, gerne aber in der Bereitschaft sich einzubringen und zu vernetzen.</p> <p>Ebenso bei Punkt 5, gezielte Informationsveranstaltungen, kann die Expertise des Gesundheitsamtes gerne eingebracht werden.</p> <p>Zum Punkt 6, barrierefreie Aufklärung von Patienten, sieht Herr Möckel die Krankenhäuser in der Pflicht. Hierauf habe das Gesundheitsamt keinen Einfluss. Gerne können Menschen mit Behinderung/Patienten ihre Anliegen beim Gesundheitsamt vortragen. Hr. Möckel betont die hervorragende Vernetzung zwischen Bremen und Bremerhaven, sodass Lösungen/Ansprechpartner gefunden und genannt werden können. Das Gesundheitsamt bietet Hilfestellung zumindest durch die Beratungsverpflichtung. Hr. Möckel weist darauf hin, dass viele Probleme individuell sind, sodass keine allgemeinen Lösungen funktionieren.</p> <p>Kontakt Daten des Gesundheitsamtes Bremerhaven: Wurster Straße 49 27580 Bremerhaven 0471 590-2281 0471 590-2076 gesundheitsamt@magistrat.bremerhaven.de</p> <p>Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 08:00 Uhr bis 15:00 Uhr Freitag von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr.</p>	

Frau Schwarz-Grote erfragt, ob alle Mitarbeiter in Bezug auf den Umgang mit behinderten Menschen geschult werden. Hr. Möckel bestätigt dies, gibt lediglich an, dass bei Kombi-Beeinträchtigungen (Bsp. taub+blind) evtl. Grenzen im Rahmen der Kommunikation erreicht werden.

Herr Baumann (Büro des Landesbehindertenbeauftragten) stellt folgende Fragen:

1. In Bremen gibt es viele Menschen mit einer Doppelbelastung, hier geistige und psychische Beeinträchtigung. Gibt es das auch in Bremerhaven und wie wird mit den Menschen umgegangen in Bezug auf Behandlung/Unterbringung oder ambulanter psychischer Versorgung?
2. Wie steht es um die Barrierefreiheit in den Arztpraxen in Bremerhaven?
3. Welche Ansprechpartner gibt es im Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide (KBR) in Bezug auf Barrierefreiheit zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Patienten mit Behinderungen und Ärzten vor/während/nach Krankenhausaufenthalt?

Zu 1.) Hr. Möckel erklärt, dass besonders im Bereich Kinder/Jugendliche Doppelbeeinträchtigungen auftreten (Bsp. Down-Syndrom+geistige Behinderung). Er sieht keine adäquaten Unterbringungsmöglichkeiten im Land Bremen. Über das Problem der ambulanten psychologischen Behandlung möchte er sich informieren.

Zu 2.) Hr. Möckel verweist auf die Kassenärztliche Vereinigung (KV).

Zu 3.) Dies ist lt. Herrn Möckel Bestandteil der Planung auf Landesebene. Sobald es Auflagen gibt, kommt es auf die Umsetzung an. Er berichtet von seiner eigenen Ausbildung zum Mediziner: Er nahm sich die Zeit Menschen mit Behinderungen zu erklären welche medizinischen Schritte geplant sind. Selbst, wenn dies andere Nachwuchs-Mediziner genauso halten, sei es der Fall, dass vorgesetzte Ärzte dies als Zeitverschwendung ansehen, weil beeinträchtigte Menschen ohnehin nicht verstehen würden was mit ihnen passiert. Diese Ansicht führt Hr. Möckel auf die Hilflosigkeit einiger Ärzte im Hinblick auf den Umgang mit behinderten/nicht einwilligungsfähigen Menschen zurück.

Herr Göers erläutert an dieser Stelle die rechtliche Betreuung, die vom Betreuungsverein übernommen wird, sobald das Gericht eine

Person für nicht einwilligungsfähig erklärt. Er erklärt im KBR-Bereich ist niemand für Inklusion besonders zuständig. Personelle Engpässe findet man in jedem Krankenhaus in Bremerhaven, daher sind Assistenzen nicht möglich. Ein großes Problem ist seiner Ansicht nach, dass Menschen mit Behinderung von Ärzten kaum ernst genommen werden. Betreuer werden sogar dann um Einwilligung gebeten, wenn die Patienten selbst einwilligungsfähig sind. Ebenso sind die mangelnden Deutschkenntnisse einiger Ärzte ein Problem. Schließlich ist die Sprache das wichtigste Instrument. Ein Entlassungsmanagement findet mangelhaft bis gar nicht statt. Patienten werden oft einfach entlassen ohne Betreuer/Familie zu informieren. Schlussendlich würden die Patienten dann wieder eingeliefert, weil zu Hause keine entsprechenden Vorkehrungen für die Pflege etc. getroffen werden konnten. Auf die Frage von Frau Schwarz-Grote, ob diese Missstände weiter transportiert werden können, versichert Herr Parpart, dass diese Themen im Amt 57 besprochen werden, gibt allerdings auch zu bedenken, dass die Umsetzung einzelner Themen den Dezernenten selbst obliegt. Folgende Punkte sieht er als wichtig an:

1. Zur Verfügung stellen von Infomaterial in „Leichter Sprache“, beispielsweise zur Beratung vor OP's,
2. Entlassungsmanagement: Politik auf Landesebene muss aktiv werden (Gesetzesinitiative),
3. Arztpraxen-Führer mit Angabe barrierefreier Praxen (Flyer oder besser: Onlineversion).

Er stellt die Frage, ob es im gynäkologischen Bereich die Möglichkeit zur freien Arztwahl für Frauen mit Behinderung gibt. Frau Fiedler erklärt, dass es ohnehin nur eine barrierefreie gynäkologische Praxis in Bremerhaven gibt. Frau Nowacki gibt den Hinweis auf die sog. „Wheel Map“ (www.wheelmap.org) von Raul Krauthausen. Möglicherweise wäre diese auch auf den Ärztebereich übertragbar.

Hr. Möckel erklärt, dass die KV bereits eine Umfrage gemacht hat. Die Frage des Zugangs zu den Informationen ist zu klären. Diese sollten dann auf die Homepage der Stadt gestellt werden (Hr. Parpart).

Fr. Janßen weist auch darauf hin, dass man in vielen Praxen aufgrund der begrenzten Patientenaufnahme abgewiesen wird. Hr. Möckel antwortet, dass dies auch Menschen ohne Behinderung wiederfährt keinen Termin beim Wunscharzt zu bekommen. Es gibt den ärztlichen Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV),

	<p>erreichbar unter der Telefonnr. 116117. Allerdings ist hier fraglich, ob ein die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingegangen werden kann. Hier muss die KV selbst nachsteuern.</p> <p>Fr. Schubert hat die Idee einer Schulung für Ärzte und Praxismitarbeiter im richtigen Umgang mit behinderten Menschen. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass sogar Augenärzte mit blinden Patienten „Schwierigkeiten“ haben. Bei der KV ist mehr Bewusstseinsbildung zu schaffen, so Hr. Baumann. Auf der Homepage des Landesbehindertenbeauftragten sind alle Informationen zum 23. Behindertenparlament zu finden. U.a. auch Anträge zu den angesprochenen Themen „Barrierefreie Gynäkologie“, „Leichte Sprache“ etc. Hr. Baumann möchte wissen, ob das Modellprojekt Home-Treatment (ambulante psychologische Versorgung) nach seinem Scheitern erneut aufgegriffen wird. Hr. Möckel erklärt, dass die Universität Greifswald begleitet hat. Es diene dem Zweck die Grenzen zwischen stationärem und ambulanten Aufenthalt etwas aufzuweichen. Er befürwortet das Projekt sehr und würde Lösungen sehr begrüßen. Erfahrungsgemäß wird eine Umsetzung aber schwierig.</p> <p>Herr Parpart erwähnt, dass die Krankenhäuser Angst vor „Bettenverlust“ hatten und ebenso die Krankenkassen keine Unterstützung bieten wollten.</p> <p>Herr Göers verweist auf die Möglichkeit das persönliche Budget mehr zu nutzen. Hiermit könnten Dienstleistungen eingekauft werden. Es gäbe einige erfolgreiche Projekte. Das Ziel muss sein: Weg von den Stationen, hin zu mehr Ambulanz.</p> <p>Herr Parpart erwähnt an dieser Stelle die unabhängige Beratungsstelle, die beim Betreuungsverein von Herrn Göers eingerichtet werden soll. Das BTHG hat die individuelle Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt.</p>	
<p>6</p>	<p>Berichte und Anträge</p> <p>Es liegen keine Anträge vor.</p> <p>Berichte</p> <p>1) Arbeitskreis Stadtmarketing + Tourismus</p> <p>Frau Schwarz-Grote berichtet über den Arbeitskreis „Stadtmarketing und Tourismus“, welcher am 25.10.2017 stattgefunden hat. Herr Stadtrat Parpart ergänzt dazu, dass „Erlebnis Bremerhaven“ ausleihbare Rampen angeschafft hat und dass es Treffen in den Bereichen</p>	

	<p>Hotel/Gastronomie geben wird, um Ängste bei den Betreibern abzuschaffen und technische/finanzielle Lösungen zu finden. Der Weihnachtsmarkt soll dieses Jahr „barrierefreier“ sein.</p> <p>2) Arbeitskreis Barrierefreie Stadtverordnetenversammlung</p> <p>Weiterhin berichtet Frau Schwarz-Grote, dass für den Arbeitskreis „Barrierefreie Stadtverordnetenversammlung“ der Ausschuss Arbeit und Soziales arbeiten sollte. Die Ideen und Ergebnisse werden bei den nächsten Terminen angehört.</p> <p>3) Leichte Sprache</p> <p>Ein weiterer Punkt ist die Umwandlung der Texte von Behörden im Land Bremen in einfache Sprache. Hierzu teilt Frau Schwarz-Grote mit, dass Übersetzungen in der Servicestelle Bremen erfolgen können und dass es in Planung sei, auch das Protokoll des Integrationsbeirates zu übersetzen. Darum kümmere sich bereits Frau Friß.</p> <p>4) Umbenennung Schwerbehindertenausweis (SB)</p> <p>Frau Schwarz-Grote berichtet über den Stand des SB-Ausweises. Eine Pflegeschulklasse habe angeregt, den Ausweis umzubenennen. Die Entscheidung sei noch nicht abgeschlossen. Auf Einladung des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Landesbehindertenbeauftragten fand eine gemeinsame Anhörung am 28. September 2017 statt. Die Abstimmung sprach sich gegen die Umbenennung des SB-Ausweises aus, jedoch seien die Zahlen noch nicht aussagekräftig, da viel mehr Menschen angehört werden müssen. Frau Janßen gab zu bedenken, dass es wichtigere Themen gibt und dass der Name „Schwerbehindertenausweis“ auch nach Umbenennung noch in den Köpfen der Menschen sei.</p> <p>Daraufhin ergänzt Frau Schwarz-Grote, dass der Name vor allem für jüngere Menschen eventuell ein großes Problem sein könnte, da sie sich in ihrer Entwicklungsphase für die Behinderung schämen und man diese Sorgen ernst nehmen müsse. Frau Nowacki stimmte dem zu und sagt, dass sie selber nie ein Problem mit dem Namen gehabt habe, jedoch jeder Mensch dies anders empfindet. Herr Möckel gibt zu bedenken, dass viele Begriffe erst mit der Zeit negativ behaftet werden und</p>	
--	--	--

dass das auch mit dem neuen Namen passieren könnte. Frau Schwarz-Grote fügt hinzu, dass auch die Namensfindung für diesen Ausweis sehr schwer sei, da z.B. mit dem Namen „Inklusion“ auch andere Bereiche umfasst seien.

5) 23. Bremer Behindertenparlament

Das **23. Bremer Behindertenparlament** finde am **28.11.2017 von 10.00 bis 14.00 Uhr** statt.

6) Logo des IBB

Frau Schwarz-Grote berichtet, dass das Logo des IBB in Arbeit ist und die BIT einige Vorschläge erarbeite. Das Logo habe das Ziel, den Inklusionsbeirat bekannter zu machen und für eine positive Außendarstellung zu sorgen. Die Ergebnisse werden in der Sitzung im Februar 2018 präsentiert und es wird eine Abstimmung geben.

7) Veranstaltungen des Landesteilhaberates zum BTHG

Stadtrat Uwe Parpart übergibt das Wort an Frau Schubert. Frau Schubert informiert, dass das Projekt „MIA“ ein Projekt des Behindertensportverbandes zum Thema Inklusion in Sport sei. Das nächste Netzwerk-Forum findet am **20.02.2018, 17-19 Uhr im Stadthaus 1, Raum 700** statt. Die Tagesordnung dazu wird noch verschickt.

Außerdem teilt Frau Schubert mit, dass sie das Projekt „Inspo“ dort beworben habe und bereits unter den besten 15 Teilnehmern sei. Bald werde sie erfahren, ob es auch zu den besten 10 Teilnehmern und somit zu eines der zehn Modellregionen gehöre.

Herr Baumann berichtet, dass ab 2020 finanzielle Mittel für die Arbeitsgruppe „Zukunft.Bremen 2035“ zur Verfügung gestellt werden und es im Vorfeld drei Perspektivgruppen gibt. Es wäre wünschenswert, wenn auch Teilnehmer aus Bremerhaven anwesend wären und für die Belange behinderter Menschen sprechen. Die erste Sitzung hat bereits nicht öffentlich stattgefunden, er habe sich aber im Interesse der Öffentlichkeit dafür eingesetzt, dass die zukünftigen Sitzungen öffentlich stattfinden werden.

	<p>Termine:</p> <ul style="list-style-type: none">· Montag, 27.11., 17:30 Uhr – 21.30 Uhr, Perspektivgruppe Infrastruktur,· Dienstag, 28.11., 17:30 – 21:30 Uhr, Perspektivgruppe Qualifizierung sowie· Freitag, 1.12., 17:30 – 21:30 Uhr, Perspektivgruppe Stadtentwicklung <p>Adresse: Kwadrat, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4.</p> <p>Eine Sitzung in Bremerhaven werde es Ende 2018 geben.</p>	
7	<p>Verschiedenes</p> <p>Frau Schwarz-Grote gibt die nächsten Sitzungstermine für den Inklusionsbeirat bekannt.</p> <p>Termine:</p> <p>13.02.2018 22.05.2018 21.08.2018 13.11.2018</p> <p>Danach verkündet Frau Schwarz-Grote, dass Frau Friß zum nächsten Jahr die Lotsenstelle des Amtes 57 nicht mehr besetzen wird und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.</p>	
8	<p>Schließung der Sitzung</p> <p>Frau Schwarz-Grote schließt die Sitzung um 18.20 Uhr.</p>	Heima Schwarz-Grote